

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1930**

19.11.1930 (No. 270)

# Karlsruher Zeitung

## Badischer Staatsanzeiger

Expedition:  
Karlsriedrich-  
Straße Nr. 14  
Fernsprecher  
Nr. 953  
und 954  
Postfachkonto  
Karlsruhe  
Nr. 3515

Verantwortlich  
für den  
redaktionellen  
Teil  
und den  
Staatsanzeiger:  
Gesellschafter  
C. Amend,  
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3,25 RM, einjährig 32,50 RM, einschließlich Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pf., Samstag 15 Pf. — Anzeigengebühr: 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Element Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tariflicher Rabatt, der als Kassenzahlung gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind dieser an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsriedrich-Straße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, Zwangsversteigerung und Kontoführung fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — In Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Anzeiger keine Ansprüche, und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsabschluss erfolgen. — Beisagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

### Die Sanierungsvorlagen

#### Brüning's Vorstoß an die Sozialdemokraten

In der Dienstagssitzung des Vorstandes der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion gaben, der „Voss. Zig.“ zufolge, die Fraktionsmitglieder, die mit dem Reichszugler Dr. Brüning verhandelt hatten, bekannt, daß Dr. Brüning bereit sei, auf Abänderungsvorschläge zu seinem Finanz- und Sanierungsprogramm einzugehen, wenn dadurch ihr Sinn nicht gestört wird. Die Sozialdemokraten werden bei den Beratungen der Notverordnung im Haushaltsausschuß beantragen, die Kopfsteuer zu beseitigen. Sollte ihnen das nicht gelingen, dann werden sie darauf Wert legen, wenigstens eine Staffelung der Kopfsteuer durchzuführen.

Von unterrichteter Seite wird die Darstellung eines Berliner Blattes, wonach der Reichszugler in ultimativer Form vom Reichstag die Annahme des Finanzsanierungsprogramms noch vor Weihnachten gefordert habe, als weit übertrieben und in dieser Form unzureichend bezeichnet. Selbstverständlich lege die Regierung erst auf eine beschleunigte Regelung des Finanzsanierungsprogramms Wert. Von einer ultimativen Forderung könne aber keine Rede sein. Ebenso unrichtig sei die Behauptung, daß die Regierung gefordert habe, daß auch der gesamte Reichshaushalt noch vor Weihnachten erledigt werden müsse.

#### Um das Steuervereinfachungsgesetz

In den Reichsratsausschüssen kam es am Dienstag über das Steuervereinfachungsgesetz zu einer außerordentlich lebhaften Auseinandersetzung. Das Vereinfachungsgesetz, das durch Befreiung kleiner Steuermöglichkeiten, deren Ertrag mit den Verwaltungskosten in keinem Einklang steht, bestimmte Mindererhebungen ergibt, insbesondere auch durch die vorgesehene Vereinfachung der Agrar- und Realsteuern, sollte nach dem Wunsch des Reichsfinanzministers ohne Ausfall der geringeren Einnahmen für die Länder verabschiedet werden. Es war so geplant, den Reichsanteil an den zu erwartenden Mindererhebungen bei den Länderüberweisungen abzufrieden. Der Reichsfinanzminister empfahl den Ländern, diesen Ausfall vor allem auf dem Gebiete einiger Verbrauchssteuern, etwa der Bier- oder Getränkesteuer, hereinzubringen. Hiergegen wandte sich vor allem der bayerische Ministerpräsident Dr. Helb, wozu der Reichsfinanzminister andere Kompromißvorschläge machte, ohne daß es bisher zu einer Verständigung gekommen wäre.

Die weiteren Sitzungen des Ausschusses fallen aus, da sich herausgestellt hat, daß die umfangreiche Materie dieses Gesetzes bis zum Donnerstag nicht mehr erledigt werden kann. Das Steuervereinfachungsgesetz wird daher von der Tagesordnung der Vollversammlung des Reichsrates am Donnerstag abgesetzt werden.

Die Ausschüsse halten zunächst nur am Donnerstagmittag eine Sitzung ab, um die dritte Lesung der Tabaksteuernovelle vorzunehmen. Die Plenarsitzung findet um 17 Uhr statt.

#### Gemeinsame Maßnahmen zum Preisabbau

Die Vorstände des Allg. Deutschen Gewerkschaftsbundes, des IFA-Bundes, der SPD. und des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine trafen in Berlin im Bundeshaus des ADGB zu einer Besprechung zusammen, um die Möglichkeiten eines durchgreifenden Abbaus der Preise für die Gegenstände des täglichen Bedarfs zu erörtern. Die Vertreter der Spitzenorganisationen kamen überein, durch planmäßiges Zusammenwirken der Gewerkschaften, der Sozialdemokratie und der Konsumgenossenschaften einen verstärkten Kampf um den Abbau der Preise zu führen.

#### Der Deutsche Beamtenbund protestiert

Die Bundesleitung des Deutschen Beamtenbundes hat am Dienstag zu dem Beschluß der Reichsratsausschüsse, die Gehaltserhöhung am 1. Februar 1931 eintreten zu lassen, Stellung genommen. Dem Reichsrat wurde folgender einstimmiger Beschluß unbestritten zugestellt:

„Die Leitung des Deutschen Beamtenbundes ist erstaunt und empört über den Beschluß der Reichsratsausschüsse, wonach die von der Reichsregierung für den 1. April nächsten Jahres geplante Gehaltserhöhung bereits am 1. Februar eintreten soll. Die Beamtenschaft hat jederzeit Verständnis für sachlich begründete Notwendigkeiten bewiesen, sie lehnt jedoch entschieden ab, zum Objekt eines politischen Geschäftes gemacht zu werden. Die Bundesleitung erwartet von der Vollversammlung des Reichsrates, daß sie dem Beschluß seiner Ausschüsse nicht zustimmt.“

#### Beruhigung in Spanien

Madrid, 19. Nov. (Tel.) Verschiedene Nachrichten aus Spanien lassen darauf schließen, daß gestern Abend eine gewisse Beruhigung eingetreten ist, ohne daß man deshalb mit der baldigen Beilegung des sozialen Konfliktes, der einen politischen Charakter trägt, rechnen könnte.

Das spanische Kabinett hat gestern Abend getagt. Nach der Beratung teilte Ministerpräsident Berenguer mit, daß in Barcelona der Straßenbahn- und Autobusverkehr aufgenommen sei und die Kaffee- und Speisehäuser ihre Betriebe wieder eröffnet hätten. Die Staatsanwaltschaft von Madrid hat die Freilassung von 150 Personen, die während des Generalstreiks verhaftet worden sind, angeordnet. In Sevilla scheint der gestrige Tag ziemlich unruhig verlaufen zu sein. Die Unruhmilität ist gesunken. Auch in Alicante kam es zu Zusammenstößen zwischen Polizei und Aufständischen. Die Polizei machte von der Schußwaffe Gebrauch. Genauere Angaben über die Opfer der blutigen Vorgänge, namentlich in Barcelona, liegen noch nicht vor.

### Letzte Nachrichten

#### Frankreichs Verbündete Zalecki über die Korridorfrage

Warschau, 19. Nov. (Tel.) Der polnische Außenminister Zalecki hat einem Vertreter des „Reit Parisien“, der schon seit längerem seinem Blatt Berichte über Polen und namentlich über den polnischen Korridor liefert, eine Unterredung gewährt, in der er sich in der Hauptsache mit der Korridorfrage befaßte. Zalecki bezeichnete die jetzigen Grenzen Polens als ein Minimum für Polens Existenz. Man dürfe nicht vergessen, daß der Danziger Korridor Polen alle Weltmärkte eröffnet, während er Deutschland nur den Markt einer übrigens ziemlich armen deutschen Provinz verschließt. Zalecki wandte sich gegen den Revisionsgedanken und erklärte schließlich, Polen und Frankreich hätten ein gemeinsames Interesse daran, den Friedensvertrag von Versailles aufrechtzuerhalten.

#### König Alexander über Südslawien und Frankreich

Belgrad, 19. Nov. (Tel.) König Alexander von Südslawien hat in einer Unterredung mit einem Vertreter der „Journal“ die innen- und außenpolitischen Südslawien interessierenden Probleme behandelt. Er verwahrte sich dagegen, im Slesyplan Frankreichs zu sein, betonte aber, daß die Südslawen Frankreich liebten und einen wahren Kult mit Frankreich trieben. Südslawien und Frankreich hätten die gleiche Hoffnung und den gleichen Wunsch, die sich in das eine Wort „Friede“ zusammenfassen ließe. Er stelle nicht in Abrede, daß Südslawien rüste, aber nur deshalb, weil es den unerschütterlichen Willen besitze, die Verträge und den gegenwärtigen Status zu verteidigen.

#### Englisch-französische Kreditverhandlungen Näherwirkungen auf die europäische Politik?

New York, 19. Nov. (Tel.) Der Londoner Korrespondent der „New York Times“ meldet seiner Zeitung, daß die englisch-französischen Kreditverhandlungen, über die amerikanische Blätter mehrfach berichtet haben, gute Fortschritte machen. Voraussetzungen würden sich die beiden Zentralbanken gegenseitig Kredite von 500 bis 1000 Millionen Dollars einräumen, doch werde nur die Bank von England ihren Kredit zur Auffüllung ihrer Goldreserven benutzen. Im übrigen werde das Abkommen wohl dem 300-Millionen-Kredit entsprechen, der 1926 von der New-Yorker Bundesreservebank der Bank von England gewährt wurde. Das Zustandekommen dieser Kreditverhandlung dürfte, wie es in dem „Times“-Bericht weiter heißt, nicht ohne bedeutungsvolle Näherwirkungen auf die englische und die französische Politik auf dem europäischen Kontinent bleiben.

#### Neue französische Bankskandale

Paris, 19. Nov. (Tel.) Der Zusammenbruch der Bank Dufrie und der Bank Adam zieht weitere Kreise. Heute berichten die Morgenblätter über die Zahlungsseinstellung von zwei weiteren Banken. Die Banque Basseur in Paris hat die gerichtliche Liquidierung beantragt und jetzt erhalten. Die Bank arbeitete mit einem Kapital von 25 Millionen Franken und unterhielt Filialen in Le Havre und Marseille. In Montpellier hat eine kleinere Bank, Georges de Biche, ihren Betrieb schließen müssen. Die Passiven sollen sich auf rund 300 000 Franken belaufen. Nach dem „Echo de Paris“ ist gegen den Pariser Bankier Paul Collin, der seit einigen Tagen sich in Haft befindet, nunmehr die Untersuchung wegen Betruges eröffnet worden.

#### Handelskammern und Wirtschaftsdepression

Washington, 19. Nov. (Tel.) Die amerikanische Abteilung der internationalen Handelskammer gibt bekannt, daß auf der am 5. Dezember in Paris beginnenden Konferenz der Handelskammern auch Maßnahmen zur Bekämpfung der allgemeinen wirtschaftlichen Depression erörtert werden sollen.

#### Gegen die Prohibition

Washington, 19. Nov. (Tel.) Senator Bingham kündigt an, er werde im Dezember einen Gesetzentwurf betreffend Zulassung vierprozentigen Bieres einbringen. In parlamentarischen Kreisen wird die Verabschiedung dieses Antrages im gegenwärtigen Kongreß als ganz aussichtslos angesehen.

In der Marinekommission des Vorbereitenden Abrüstungsausschusses in Genf fand am Dienstag ein Antrag Litwows, in der Hauptartikel der Konvention die Bestimmung aufzunehmen, daß die Stärke der Flotten nicht nur „begrenzt“, sondern herabgesetzt werden sollte, zur allgemeinen Überzeugung bei der Abstimmung eine Mehrheit.

Eine englische Stimme zu den polnischen Wahlen. Die Sonderberichterstatter des „Manchester Guardian“ in Warschau und Katowitz berichten über die Wahlen in Polen. Sie stellen in gleicher Weise fest, daß die polnische Bevölkerung vergeblich worden sei. Dies gilt besonders von der deutschen Minderheit. Viele objektive Beobachter seien der Überzeugung, daß das Land zu einem revolutionären Umsturz treibe.

Die Beförderung im Verlaufe des japanischen Premierministers Hamaguchi macht zufriedenstellende Fortschritte, so daß keine weiteren offiziellen Krankheitsberichte mehr ausgegeben werden. Man hofft, daß Hamaguchi soweit hergestellt sein wird, um an der Wiedereröffnung des Parlaments nach den Ferien teilzunehmen.

### \* „Gesellschaft und Wirtschaft“

Der moderne Mensch, der das Geschehen seiner Zeit wirklich verstehen will, hat einsehen gelernt, daß es nicht nur die heroischen und romantischen Daten der Weltgeschichte sind, die ihm das wahre Wissen vermitteln, daß nicht die Kriegsgeschichte als die Grundlage historischer Anschauung zu gelten hat, sondern daß das gesellschaftliche Leben der Völker, ihre Kultur, ihre Wirtschaft und ihr Rechtsleben die Fundamente einer wirklich zuverlässigen Erkenntnis abzugeben haben.

Geschichte im tieferen Sinne des Wortes begegnet uns ja überhaupt erst dort, wo uns die menschliche Gesellschaft in der Form eines zu einem Staat oder staatsähnlichen Gebilde geeinten Volks entgegentritt. So fällt schließlich der Begriff „Gesellschaft“ mit dem Begriff „Staat“ zusammen, falls man ihn nicht in seiner weitesten Ausdehnung nimmt, nämlich als Begriff der gesamten Menschheit schlechthin. Aber der historischen oder lehrhaften Darstellung wird sich dieser erweiterte Begriff nicht sehr geübt erweisen. Wer das Wirken der Gesellschaft im Laufe der Weltgeschichte und im Geschehen unserer Tage schildern will, der wird schon aus Gründen der Übersichtlichkeit des Mittels der Einteilung nicht entzagen können. Und ganz von selbst liefern ihm die geschlossenen Kulturen der Vergangenheit, die Einteilung der Welt in Erdteile oder eben ihre Einteilung in Staaten die Schemata, nach denen er zu schildern hat.

Daß im Mittelpunkt aller historischen Betrachtung die Wirtschaft zu stehen hat, das ist eine These, die heute nicht mehr bestritten wird. Erst dann läßt sich wirklich aus der Geschichte lernen, wenn man sie als Wirtschafts- und Kulturgeschichte auffaßt und so ihren Weg durch die Jahrtausende verfolgt. Das gesellschaftliche Leben, das sich auf einer ganz besonderen geographischen und klimatischen Grundlage in der Form einer Auseinandersetzung mit der Natur mit dem Ziel der Ernährung und Behausung aufbaut, dieses gesellschaftliche Leben ist es, das uns vor allem zu interessieren hat. Die wirtschaftlichen Bedingungen sind die Grundbedingungen alles Seins. Erst dann, wenn der Mensch eine Stätte zum Wohnen und eine Nahrung zum Essen gefunden hat, erst dann kann das beginnen, was wir im höheren Sinne „Kultur“ nennen. Gewiß setzt dann alsbald die große Wechselwirkung ein, insofern als die Kultur wieder auf das Wirtschaftsleben abfärbt. Jedenfalls entwickelt sich das staatliche Leben immer in engster Anlehnung an das der Wirtschaft. Ohne die Vorgänge innerhalb dieser Wirtschaft sind die meisten großen Ereignisse der Weltgeschichte gar nicht zu verstehen, sei es, daß wirtschaftlicher Reichtum und Abenteuerlust die Völker zu Eroberungszügen trieben, sei es, daß wirtschaftliche Not zu Auswanderungen zwang; fast immer ist es der wirtschaftliche Faktor, der sich bei näherer Untersuchung als entscheidendes Moment entpuppt.

Daß sich das staatliche Leben der Gegenwart in der Hauptsache um das große Wirtschaftsproblem dreht, wissen wir heutigen, die wir die Ernährungsschwierigkeiten des Krieges und der Revolutionszeit und die Wirtschaftskrisen der letzten Jahre mitgemacht haben, nur zu gut. Politik ist heute im wesentlichen Wirtschafts- und Sozialpolitik. Deshalb ist es notwendig, die Grundlagen und Voraussetzungen dieser Wirtschafts- und Sozialpolitik überblicken zu können. Und da in den letzten Jahren immer mehr und mehr das Belehrungsmittel der Anschauung dem Belehrungsmittel des gedruckten Buchstabens vorgezogen wird, empfiehlt sich naturgemäß ein bildstatistisches Werk, das uns Gesellschaft und Wirtschaft in ihrem geschichtlichen Werden und in ihren heutigen Zusammenhängen schildert, ganz von selbst.

Ein solches Werk liegt jetzt vor. Es ist seiner ganzen Eigenart nach dazu bestimmt, Epoche zu machen. Denn es verarbeitet nicht nur in der großzügigsten und zuverlässigsten Weise ein ungeheures Wissensmaterial, sondern es bringt dieses Material auch rein äußerlich in einer Form an den Leser heran, die in ihrer erzählerischen Anschaulichkeit nicht mehr übertroffen werden kann. Es ist das Verdienst des Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseums in Wien, eine ganz neue Methode der bildhaften Belehrung erfunden und ausgebaut zu haben. Diese sogenannte „Wiener Methode“ hat bisher auf allen Ausstellungen die höchste Aufmerksamkeit herbeigerufen, und auf ihrer Grundlage hat der internationale pädagogische Kongreß in Genf die Gründung eines großen belehrenden Instituts geschaffen, des „Orbis-Instituts“.

Wien-Brüssel. Das vorliegende Werk ist die erste große Publikation des Instituts. Sein Titel lautet: „Gesellschaft und Wirtschaft. Bildstatistisches Elementarwerk.“

Der in dem Format 46 X 30,5 Zentimeter gehaltene Band zeigt auf 100 zum Teil achtfarbigem Bildtafeln in Steindruck und 30 erläuternden Textblättern Produktionsformen, Gesellschaftsordnungen, Kulturformen und Lebenshaltungen der Vergangenheit und Gegenwart. Erschienen ist das Werk im Verlag des Bibliographischen Instituts, Leipzig. Es ist ein neues, leuchtendes Blatt im Ruhmeskranz dieses Verlags. Die reproduktionstechnischen Qualitäten sind bewundernswert.

Inhaltlich bietet das Werk Belehrung in einem Umfang, einer Gründlichkeit und Anschaulichkeit, wie man sie so bisher noch nicht gewohnt gewesen ist. Hier haben wir zum erstenmal die Möglichkeit, uns an Hand großer bildstatistischer Blätter, denen vortreffliche Textblätter beigegeben sind, über das ganze, so tiefgreifende Thema „Gesellschaft und Wirtschaft“ zu unterrichten. Die wichtigsten Weltreiche, die es seit 5000 Jahren gegeben hat, ziehen an unserer Auge in bildstatistischer Erfassung vorüber, über Herr und Kriege, über Regierungsformen, über die Arten der Produktion, des Verbrauchs, des Handels und des Verkehrs, über Bevölkerung und Siedelung, über Arbeit, Organisation und soziale Lage, über Wirtschaftsformen und Religionen: über dieses alles werden wir hier orientiert.

„Seit wann und wo gibt es Maschinen, Eisenbahnen, Autos? Woher kommen, wohin gehen die großen Weltmarktprodukte Weizen, Kautschuk, Kohle, Kupfer, Eisen? Wie hoch sind die wirklichen Löhne in Europa, in Amerika, in Asien? Berufsgliederung, Klassenkämpfe, internationale Verquickung von heute — wie steht es damit bei uns und bei den andern? Das Werk vermittelt ein anschauliches Bild von solchen und hundert anderen Dingen, die uns täglich im Leben als ungelöste Fragen begegnen. An Stelle statistischer Zahlenreihen, die stets langweilig und für den Laien unverständlich sind, setzt die „Wiener Methode“ einprägsame „Mengenbilder“, d. h. farbige Symbole für eine bestimmte Menge von Menschen, Rohstoffen, Maschinen usw. Um z. B. die Bevölkerungszahl zweier Länder zu vergleichen, wird nicht etwa ein großer und ein kleiner Mensch nebeneinander gesetzt, wie dies in der früheren Bildstatistik üblich war, sondern es werden Reihen gleichförmiger Figuren miteinander verglichen. Jede Figur bedeutet eine bestimmte Teilmenge; 5 oder 10 oder 50 Millionen Menschen. Mehrere Figuren, als Symbole verschiedener Völker nebeneinander geordnet, geben dann ein eindeutiges Bild von dem Mengenverhältnis. Was alle Wissenschaft anstreben muß: Volksgut zu werden, ist hier gelöst. Tatsachen, die bisher nur Fachwissenschaftlern bekannt sein konnten, werden in einer Weise bildhaft dargestellt, daß sie von jedermann begriffen werden können.“

Man kann dieses epochale Wappenwerk gar nicht warm genug empfehlen. Die leitenden Behörden, die Schulen, die Büros großer Unternehmer, die Stuben der Gelehrten und die Zimmer der Redaktionen empfangen mit ihm eine unentbehrliche Belehrungsquelle. Der Preis ist begreiflicherweise nicht niedrig; er beträgt 65 M. Aber die Anschaffung lohnt sich in diesem Falle wirklich, da das Werk seine Bedeutung für alle Zeiten behält.

G. Amend.

Curtius will Tardien antworten. In der Sitzung des Reichstages am morgigen Donnerstag wird sich der Reichstanzler, wie die „Voss. Ztg.“ berichtet, darauf beschränken, die Politik der Reichsregierung allgemein zu vertreten. Dagegen wird sich Reichsaussenminister Curtius sehr ausführlich zu den letzten Reden des französischen Ministerpräsidenten Tardieu sowie des französischen Außenministers Briand äußern.

### Kleine Chronik

Das Junkers-Niesenflugzeug „G 38“ ist, von Köln kommend, nach Dessau zurückgekehrt und glatt gelandet, nachdem es auf seinem Europarundflug insgesamt 9000 Kilometer zurückgelegt hat.

In Marburg ist kurz vor Vollendung seines 70. Lebensjahres der bekannte Bauerkünstler Sofra Bellachini an den Folgen eines Schlaganfalls gestorben. Bellachini bereiste vor dem Krieg fast alle europäischen Länder.

In Vartenstein (Ostpr.) brannte das Geschäft des Kaufmanns Saffran nieder, wobei eine Leiche gefunden wurde, die man zuerst für die Saffrans hielt. Nun wurde aber Saffran dieser Tage ermittelt und verhaftet. Er hat eingestanden, daß er und sein Geschäftsführer Kipnick einen Brand an einem Keller verübt hätten. Die Leiche wurde in dem in Brand gelegten Hause in den Kleidern Saffrans niedergelegt, um vorzutäuschen, daß Saffran selbst bei dem Brand den Tod gefunden hätte.

Durch einen auf der Saturngrube bei Sosnowice (Poln. Oberschlesien) infolge einer Kohlendampfexplosion verursachten Brand wurden zwei Bergleute getötet. Außerdem verdrängten 23 Pferde.

Die Bilanz der Lyoner Einsturzkatastrophen stellt sich nunmehr wie folgt: Geborgen sind die Leichen von sieben Feuerwehrleuten, eines Mannes, von sieben Frauen und einem Kind. Unter den Trümmern liegen noch ein Feuerwehrprofizier, elf Feuerwehrleute, ein Polizeioffizier, drei Polizeibeamte und mehrere Einwohner der eingestürzten Häuser, deren Zahl man auf zehn schätzt.

Zur Verhaftung des amerikanischen Kaufmanns und Ozeanfliegers Levine, die in Österreich unter dem Verdacht erfolgt ist, daß Levine bei einem Wiener Grabeur Stangen zur Anfertigung falscher französischer Münzen hat herstellen lassen, wird gemeldet, daß Levine die verbrecherische Absicht in Abrede stellt. Er habe die Medaillen nur für seine Freunde bestellen wollen. Aus einem Brief geht hervor, daß er mit einer Wiener Firma wegen der Lieferung von 100 000 Spieljetons in Verbindung stand.

Der schwedische Dampfer „Dybia“ hat durch Funkspruch mitgeteilt, daß er sich 400 Seemeilen süd-südöstlich von Cap Race (Neufundland) in sinkendem Zustand befinde. Der Dampfer „Amerika“ funkte um 12 Uhr nachts, daß er ihm zu Hilfe eile.

## 12prozentige Gehaltskürzung in Italien

### Senkung der Preise und staatlichen Dienstleistungen

Von der im italienischen Ministerrat beschlossenen Gehalts- und Lohnkürzung werden rund eine halbe Million Beamte und Angestellte der staatlichen Betriebe Italiens betroffen. Die 12prozentige Kürzung ergibt eine Jahresersparnis von über einer Milliarde. Die Maßnahme erfolgte, nachdem das Budget für die ersten vier Monate des laufenden Finanzjahres ein Defizit von 729 Millionen aufweist. Die Herabsetzung der Gehälter steigert sich auf 25 Proz. für die Einkommen über 40 000 Lire jährlich und auf 35 Proz. für diejenigen über 60 000 in allen staatlichen Verwaltungen und irgendwie vom Staat abhängigen Betrieben. Diese Verordnung tritt am 1. Dezember in Kraft.

Diese Maßnahme wird mit folgenden Erwägungen begründet: 1. Die Bezüge der Arbeiter aller Kategorien haben in den letzten Monaten eine beträchtliche Herabsetzung erfahren. 2. Es liegt im höchsten Maße im Interesse der Staatsangestellten selbst, daß das Budgetgleichgewicht genahrt wird. 3. Die Senkung der Bezüge soll und wird eine weitere Verschleppung im Nachgeben der Kleinhandelspreise und der Mieten herbeiführen.

Der Ministerrat weist in seiner Begründung darauf hin, das Programm des neunten Jahres bestehe in der Einstellung des gesamten Wirtschaftslebens auf den seit drei Jahren feststehenden Wert der Lire nach der Formel: Eine Vorkriegs-lire = 3,66 Gegenwarts-lire, wobei dieser Wert unter Berücksichtigung der verminderten Kaufkraft des Volkes auf 4 abgerundet werden müsse. Während die Regierung die Bezüge des ganzen Personals des Staates und der öffentlichen Betriebe diesem Verhältnis 1:4 anpasse, beabsichtige sie, auch in der gleichen Weise ihre Produkte und Dienstleistungen zu behandeln und alle Formen der Privatwirtschaft auf diese jetzt unverjährlie Notwendigkeit hinzuweisen.

Außer dem eigentlichen amtlichen Personal, dessen Zahl auf ungefähr 16 000 angegeben wird, gehören dazu 190 000 Beamte und Angestellte der Eisenbahn, Post und Telegraph, die bei den Staatsmonopolen Angestellten, deren Zahl sich auf 25 000 beläuft, und über 170 000 kleinere Beamten, Lehrer usw. Ihr Jahresbezug beträgt zur Zeit 9 Milliarden.

### Die Führung der Deutschen Volkspartei

Dr. Scholz hat aus Gesundheitsrücksichten seine Ämter als Partei- und Fraktionsvorsitzender der Deutschen Volkspartei niedergelegt. Als seinen Nachfolger wird der Parteivorstand den Reichstagsabgeordneten Dingeldey in Vorschlag bringen.

In führenden Kreisen der Partei wird betont, daß der Wechsel keine Änderung der politischen Linie bedeute. Das gehe schon aus der Tatsache hervor, daß der Abgeordnete Dingeldey von Dr. Scholz selbst zum Nachfolger vorgeschlagen worden ist. Rechtsanwalt Dingeldey nimmt übrigens bereits seit einer Reihe von Jahren eine führende Stellung in der Deutschen Volkspartei ein. Er ist seit 1919 Mitglied des Hessischen Landtages und Vorsitzender der Deutschen Volkspartei in Hessen, seit 1922 Mitglied des Vorstandes der Gesamtpartei.

### Die Strompreise

Das Reichswirtschaftsministerium hatte dieser Tage in Zusammenarbeit mit dem preussischen Handelsministerium Vertreter der Elektrizitätswerte zu Besprechungen geladen, die sich mit den Möglichkeiten einer Senkung der Stromtarife im Anschluß an die Kohlenpreissenkung befassen sollten. Die Besprechungen, an denen vor allem die Preag, das R.W.V. und die Elektrowerke teilgenommen haben, haben, der „Frankf. Ztg.“ zufolge, bisher zu keinem Ergebnis geführt. Erst wenn man über die Möglichkeiten eines Vorgehens bei den großen obengenannten Werken Gewißheit besitzt, dürfte an die übrige Industrie herangetreten werden.

### Kurze Nachrichten

Dr. Käthe Schirmacher †. Dr. Käthe Schirmacher, die bekannte Schriftstellerin, ist in Meran an Herzschwäche gestorben. Sie wurde am 6. August 1865 in Danzig geboren und war zunächst im Schulfach tätig. 1895 wurde sie Dr. phil. und nahm in allen frauenrechtlichen Fragen bald eine führende Stellung ein. In der Nachkriegszeit trat sie besonders als Vorkämpferin des Deutschtums im Osten auf. Von 1919 bis 1920 gehörte Käthe Schirmacher als Abgeordnete der Deutschnationalen Partei der Nationalversammlung an.

Strafanzüge gegen einen Thüringer Unterjünglingsrichter. Gegen den mit der Unterjüngling in dem Dienstverfahren gegen die Landespolizeibeamten in Thüringen beauftragten Landgerichtsrat Dr. Weber, Weimar, ist, wie das „N. T.“ berichtet, Strafanzüge wegen Amtsmißbrauchs, Anstiftung zum Amtsmißbrauch und Anstiftung zum Hausfriedensbruch als Beamten in Ausübung des Amtes erstattet worden. Die Anzeige geht aus von dem Reichsbannerführer Dr. Diebel und dem Parteisekretär Dr. Jobst in Weimar, bei denen im Zusammenhang mit dem Disziplinarverfahren Hausfriedensbrüche mit Beschlagnahmen durchgeführt wurden.

Die Rechtsanwaltsnot in Berlin. 168 Mitglieder der Anwaltskammer Berlin haben bei dem Kammerpräsidenten die Einberufung einer außerordentlichen Kammerversammlung beantragt. Sie schlagen die Einreichung eines Notgesetzes vor, durch welches mit sofortiger Wirkung eine sechsjährige Sperre der Zulassung zur Rechtsanwaltschaft für den Kammerbezirk eingeführt werden soll.

Politische Ausschreitungen in Breslau. Eine nationalsozialistische öffentliche Kundgebung in Breslau wurde wegen Verschimpfungen der gegenwärtigen Staatsform durch die Polizei aufgelöst. In verschiedenen Stadtteilen kam es zu Zusammenstößen.

Vor einem Fehlbetrag in den USA? Präsident Hoover hat verlauten lassen, daß sich das Schatzamt vielleicht einem Defizit für das am 30. Juni zu Ende gehende Rechnungsjahr gegenübersehen werde. Der Präsident fügte bei, daß dieses allfällige Defizit der Stabilität der Regierung in keiner Weise Eintrag tun würde.

Erfolge der badischen Volksbühnenbewegung. Die badische Volksbühnenbewegung zeigt, daß trotz der wirtschaftlichen Not und der ungeheuren Erwerbslosigkeit das kulturelle Streben in allen Kreisen des Volkes noch lebendig ist. In Jahr hat sich eine Volksbühne gegründet, die mit ausgezeichnetem Erfolg ihren Mitgliedern eine Aufführung des Scheriffen Kriegerdramas „Die andere Seite“ durch das Frankfurter Künstlertheater bot. Das genannte Theater führte dieses Werk auch für die Volksbühnen und Theatergemeinschaften in Schwetzingen, Gadenheim, Sedenheim, Einsheim, Kastatt, Ofenbürg und Nehl auf. Überall waren die Vorstellungen sehr stark besucht, und die Aufführung hinterließ die stärksten Eindrücke auf die Zuschauer. Ebenso hat mit Beginn dieser Spielzeit in Konstanz eine Volksbühne ihre Tätigkeit aufgenommen. Die Zahl der Mitglieder ist derzeit gemächlich, daß demnächst eine zweite Abteilung geschaffen werden muß.

## Zur Preissenkung

### Stellungnahme des badischen Einzelhandels und des Handwerks

Der badische Einzelhandel hat in einer am Dienstag von seiner Landeszentrale in Karlsruhe veranstalteten Besprechung, zu der Vertreter der Karlsruher Presse geladen waren, sich mit der Frage der Preissenkung beschäftigt, wobei es zu eingehender Aussprache kam. Was die Stellung des Einzelhandels anlangt, so wurde von seinen Vertretern dazu erklärt, daß der Einzelhandel sich dagegen wehren müsse, als Sündenbock für die Gestaltung der Preise angesehen zu werden. Im übrigen wurde u. a. ausgeführt:

Die Reichsregierung hat eingesehen, daß eine Gesundung der Verhältnisse nur dann möglich ist, wenn die enorm aufgeblähten Löhnen der Staatsmaschine reduziert werden, eine Verbilligung der Produktion herbeigeführt und damit auch die Konkurrenz mit dem Ausland in ein für uns günstigeres Verhältnis gebracht wird. Anstatt nun aber von oben anzufangen und durch einen Abbau der Löhne mit gutem Beispiel voranzugehen, will man bei der letzten Stufe in der Warenversorgung, dem Einzelhandel, die Preise zwangsweise senken. Dies ist natürlich absolut unmöglich, denn Gehege der Wirtschaft können nicht kommandomäßig auf den Kopf gestellt werden.

Was im Rahmen der Herstellungspreise an Preisrückgängen möglich war, ist vom Einzelhandel in den letzten Jahren tatsächlich getan worden. Wie bedeutend diese Preisentlastung sich allein in der Zeit von 1929 auf 1930 auswirkte, wurde dann an einer vorgelegten Aufstellung gezeigt:

Es senkten sich die Preise in dem genannten Zeitraum von einem Jahre zum Einzelhandel:

in Lebensmitteln und Kolonialwaren: bei Tafelbutter um 13,72 Prozent, bei Kakaopulver um 15,38 Prozent, bei Limburger Käse um 25 Prozent, bei Schweizerkäse um 8 Prozent, bei Landeieren um 12,50 Prozent, bei weißen Bohnen um 16 Prozent, bei Marmelade um 27,27 Prozent, bei Seife um 15 Prozent, bei Essig um 12 Prozent; in Holz- und Holzwaren von 13 bis 28 Prozent; in Manufaktur- und Schweißwaren von 12 bis 21 Prozent; in Baumwoll- und Leinenwaren von 12,82 bis 19,04 Prozent; in Schuhwaren: bei besseren Qualitäten um 8—13 Prozent, bei Standardqualitäten um 17 bis 19,25 Prozent; in Weißwaren- und Herrenwäsche von 10 bis 13,33 Prozent; in Damenwäsche von 15,71 bis 25,30 Prozent; in Damenkonfektion um 13 bis 17 Prozent; in Herrenkonfektion um 16 bis 22 Prozent; in Herrenhüten und Mützen um 7 bis 11,50 Prozent; in Hausfalt- und Küchenartikeln um 10 Prozent.

Dieser wesentliche Preisabbau beim Einzelhandel hat schon seit Jahr und Tag stattgefunden, und zwar freiwillig, ohne Zwangsmassnahmen irgendwelcher Art. Die Lösung der Frage, wie und in welchem Umfang weiter abgebaut werden kann, hängt nicht vom Einzelhandel, sondern in erster Linie von den Produktionskosten, dann aber auch von den vielen sonstigen Faktoren — Ladenmiete, Zins des Betriebskapitals, Lagerhaltung, Frachten, Gehälter, Löhne, Steuern usw. — ab, die sich als Unkosten in die Spanne zwischen den Einkaufs- und Verkaufspreisen drängen. Gelingt es, diese Faktoren teilweise oder in ihrer Gesamtheit zu senken und treten nicht wieder neue verteuernde Momente auf, so kann bestimmt damit gerechnet werden, daß der vom Einzelhandel freiwillig begonnene Preisabbau ebenso freiwillig fortgesetzt wird. Er hat das größte Interesse daran, die Preise so niedrig wie möglich zu halten, denn nur dadurch kann der Umsatz wieder gesteigert werden, der in den letzten Monaten geradezu erschreckend zurückgegangen ist. Durch regierungsseitige Zwangsmassnahmen oder gar durch den Druck der Straße einen plötzlichen und sprunghaften Rückgang der Preise erzwingen zu wollen, würde auf jeden Fall mehr Schaden anrichten als nützen. Der Einzelhandel ist bestrebt, als Treuhänder seiner Kundenschaft, jedes Problem, auch das Problem der Preisentlastung, zum Besten des Volkes zu lösen. Anspruch erhebt aber auch der Einzelhandel auf sachliche, gerechte Anerkennung seiner Arbeit, der Vermittlung preiswerter Qualitätswaren. Denn auch des Kaufmannes Arbeit ist ihres Lohnes wert.

\*

In seiner dieser Tage abgehaltenen Sitzung befaßte sich auch der Vorstand der Handwerkskammer Karlsruhe mit den Maßnahmen der Reichsregierung zur Preissenkung.

In der gegenwärtigen Notzeit müsse jeder Stand und Beruf die Bestrebungen der Regierung unterstützen, und bei der Preisfestsetzung bis knapp zur Existenzhaltung nachgeben. Das Handwerk in seiner Gesamtheit ordne sich willig dem Gebot der Stunde unter. Es wende sich aber entschieden gegen die Veruche, etwa über die Lebensmittelpreise herzugreifen und die betreffenden Berufszweige mit aller Schuld zu belastigen. Wie der Einzelhandel weiß, auch das Handwerk darauf hin, daß die „Spanne“ nicht sein Verdienst sei. Heute, in der Zeit schleppenden Geschäftsganges wiegen alle Lasten doppelt schwer. Kein Defizit kann an diesem natürlichen Wirtschaftsgesetz etwas ändern. Infolgedessen zeigen, wie heute auch sehr alte und angesehene Handwerksbetriebe den Schwereigkeiten der Gegenwart zum Opfer fallen. Es müsse weit mehr als bisher auch an die andere Seite des Problems herangegangen werden und nach einem Weg gesucht werden, wie die den Reich zusammengehörenden Kosten in der Wirtschaft gleichfalls gesenkt werden können. Zunächst müßte ein Druck auf die Syndikate nach der Richtung der Verbilligung gewisser Rohstoffe und Halbfabrikate ausgeübt werden. Wir müssen wieder mit dem Fennig rechnen lernen und die Mahnung der Reichsregierung: „Zurück zur Fennigwirtschaft“ sei wohl berechtigt. Die Spannen sind dank einer Steuer- und Tarifpolitik, die jahrelang fortgesetzte Erhöhungen brachte, hervorgerufen worden. Es bedeute keinen Abbau auf der ganzen Linie, wenn allen voran der Staat mit Fähigkeit an seinen Gebühren, Steuern, Tarifen usw. feithalte und der Privatwirtschaft die ganze Last und Verantwortung der Verbilligung auf den Nacken lege. Der gute Wille zur Tat, der bei allen Bevölkerungskreisen, bei Unternehmern, Gewerbetreibenden und auch Arbeitnehmern zu erkennen ist und zum Teil schon praktische Auswirkungen gefunden hat, müsse mit der ganzen Macht der Verantwortung auch von der öffentlichen Wirtschaft aufgegriffen werden.

Die Verhandlungen im Bankgewerbe zwischen dem Reichsverband der Bankeleitungen und den Organisationen der Bankangestellten um eine Herabsetzung der Gehaltsstufen und andere Veränderungen des Tarifvertrages sind am Dienstag ergebnislos geblieben. Die Vertreter der Angestellten lehnten insbesondere eine Senkung der Gehaltsstufe um 11 Proz., eine Kürzung der 15jährigen Berufsruhezeit und den Wegfall der Bankfeiertage ab, vielmehr wollten sie den bisherigen Tarifvertrag unverändert fortgeführt wissen. Der Reichsverband der Bankeleitungen erklärte darauf, außerstande zu sein, auf einer solchen Grundlage den Tarifvertrag zu verlängern.

# Badischer Teil

## Badischer Landtag

### Landständischer Ausschuss

Der Landständische Ausschuss trat am Dienstag zu einer Sitzung zusammen und nahm zunächst den Bericht des Abg. **Seubert** (Zentr.) über die Amortisationskasse entgegen, der debattelos Annahme fand.

Abg. **Rüder** (Sozdem.) berichtete über die Reichsbahnschuldentilgungskasse. Dazu erklärte die Regierung, daß der Staatsgerichtshof am 22. d. M. über die Klage des badischen Staats gegen das Reich wegen Besetzung eines Verwaltungsratspostens entschieden werde. Der Bericht fand einstimmig Annahme.

Abg. **Hofmeier** (Staatspartei) berichtete über den Domänengrundtod. Die Regierung erklärte, daß die abgeforderten Gemerkungen bis auf wenige jetzt eingemeldet seien. Eine Anregung des Berichterstatters, daß das Finanzministerium möglichst wenig Gebäude in sein Eigentum führe, sondern mehr darauf hinarbeite, staatseigene, nicht rentierende Gebäude abzugeben, fand die Zustimmung der Regierung und des Ausschusses.

Abg. **Seubert** (Zentr.) erstattete Bericht über den Repräsentationsfonds der Regierung. Sein Antrag, den Repräsentationsfonds für unbeanstandet zu erklären, fand ebenfalls Annahme.

Vom Staatsministerium wurde dem Ausschuss ein Schreiben zur Kenntnis gebracht, wonach für dringende Forderungen zu den **Klinikaufbauten in Freiburg** 500 000 M. nötig seien, welche durch den Landtag unter den Administrativkrediten später zu bewilligen wären. Dabei wurde Kritik geübt, daß bei Vergebung von Arbeiten vielfach auswärtige Firmen berücksichtigt würden, während man den einheimischen Firmen die Arbeit vorenthalte. Es wurde der Erwartung Ausdruck gegeben, daß bei Vergabung der Inneneinrichtung für den Klinikbau in Freiburg solche Klagen nicht wiederkehren dürften.

Von **Überschreitungen** in Höhe von rund 30 000 M. für den Landtag hat der Landständische Ausschuss zustimmend Kenntnis genommen. Die Überschreitung ist auf die Vermehrung der Landtagsabgeordneten, Erhöhung der Druckkosten und erhöhte Ausgaben für die Heizung während des sehr kalten Winters zurückzuführen.

Die Zentrumsfraktion des Landtags vereinigte sich heute, Mittwoch, vormittag in ihrem feierlich geschmückten Fraktionszimmer (dem früheren Sitzungssaal der Ersten Kammer) zu einer einmündigen Trauerfeier für den verstorbenen Parteichef, **Präsident Dr. Schöfer**. Der Fraktionsvorsitzende, **Präsident Dr. Baumgartner**, gab in bewegten Worten dem Schmerze über den schweren Verlust Ausdruck, den die Partei und Fraktion durch den Tod des hervorragenden Führers erlitten hat, und würdige dessen Lebensarbeit und großen Verdienste um Volk und Vaterland.

### Sparfassen und Kapitalflucht

Die „Basler Nationalzeitung“ hat am 19. Oktober in einem Artikel „Großes Geldangebot“ u. a. ausgeführt, daß „fogar Sparfassen zum Teil Geld in der Schweiz anzulegen suchen“. Diese Notiz hat auch in deutschen Tageszeitungen Aufnahme gefunden. Der **Bad. Sparfassen- und Giroverband**, Mannheim, dem sämtliche badischen öffentlichen Sparfassen angegeschlossen sind, stellt hierzu ausdrücklich fest, daß keine seiner **Witalienfassen** einen derartigen Schritt unternommen hat. Die Anlage von Geldern im Ausland ist für alle deutschen öffentlichen Sparfassen nach Gesetz und Satzungen ausgeschlossen — mit Ausnahme der in internationalen Geldverkehr bei den Kreditinstituten üblichen sog. Verrechnungskonten. — Die Mitteilung der „Basler Nationalzeitung“ beruht daher, sofern es sich dabei um öffentliche Sparfassen handelt, auf einem Irrtum.

### Die Handelskammer Mannheim zum Gutachten der Rheinkommission

Die Handelskammer Mannheim hatte auf Mittwoch, den 12. November, ihre Mitglieder und einzelne Sachverständige zu einem Diskussionsabend über das **Gutachten der Rheinkommission** eingeladen. Der Aussprache lagen zwei ausführliche Referate zu Grunde.

Dr. **Walter Linden** berichtete über den Inhalt des Gutachtens. Ein schwerer Vorwurf treffe die Reichsbahn, daß sie die Mitarbeit für das Gutachten grundsätzlich abgelehnt und erbetene Auskünfte in Vertennung der hohen wirtschaftlichen Aufgabe der Kommission verweigert habe. — Die dann folgenden kritischen Bemerkungen des Referenten gingen dahin, daß der Kommission bezüglich der Untersuchungen der Strukturveränderungen in Süddeutschland im ersten Teil des Gutachtens die Beweisführung nicht gelüftet ist. Dagegen müsse mit besonderer Befriedigung festgehalten werden, daß die Kommission im Hinblick auf den Oberrhein Schädigungen durch die Reichsbahnunterschiede in beachtlichem Umfang für gegeben halte, daß sie insbesondere die Aufhebung des Auslosungswesens als erforderlich bezeichne, und darüber hinaus grundlegend eine Revision der tarifmäßigen Lage am Oberrhein für durchaus vereinbar halte mit der traditionellen Seefahrtspolitik.

Sodann berichtete Generaldirektor **Jäger**, der als Beiführer der erweiterten Rheinkommission angehört hatte, über die Vorgeschichte des Gutachtens und den Verlauf der Untersuchung.

Beide Referate wurden beifällig aufgenommen und gaben Anlaß zu interessanter Aussprache. Es bestand Einmütigkeit darüber, daß der wissenschaftliche Wert des Gutachtens sehr hoch anzuschlagen und die geleistete Arbeit unbedingt anzuerkennen sei. Das Gutachten geben den Bemühungen der Interessenten am Oberrhein um eine **Revision der Reichsbahnunterschiede** neue Nahrung, zeige darüber hinaus u. a., daß in der deutschen Rheinschiffahrt neben der steuerlichen und sozialen Belastung insbesondere die zu hohen Lohnkosten einer Besserung der Verhältnisse hindernd im Wege stünden.

### Aus den Parteien

**Süddeutsche Tagung der Deutschen Volkspartei.** Die süddeutsche Arbeitsgemeinschaft der Deutschen Volkspartei, die außer Hessen und Hessen-Nassau die Wahlkreise Rheinpfalz, Baden und Württemberg umfaßt, tagte — wie mitgeteilt wird — in **Frankfurt a. M.** unter dem Vorsitz des bayerischen Landtagsabgeordneten **Burger** (Ludwigshafen), um eine große, zweistündige Rede des Reichsministers des Innern, **Dr. Curtius**, entgegenzunehmen. Aber die Innenpolitik sprach Curtius in Verbindung des geschäftsführenden Vorsitzenden der Partei, **Dingeldey**. Curtius fand mit seinen teilweise mit großer Leidenschaft vorgetragenen Darlegungen häufig lebhaften Zustimmung der Versammelten. In der Aussprache wurde der Minister über seinen Standpunkt zu dieser oder jener Einzelfrage angefragt. In seinem Schlusswort gab er befriedigende Auskünfte, so daß die Tagung in starker Einmütigkeit verlief, der **Burger** lebhaften Ausdruck gab.

**Strompreisfestung der Mittelbaden-AG.** Das Elektrizitätswerk Mittelbaden-AG. ernährte, wie aus Lahe gemeldet wird, ab 1. Oktober den Stromtarif auf 16 bzw. 13 Pf. Die Strompreise bei dem Ladentarif wurden um 5 Pf. herabgesetzt.

### Die Tarifverhandlungen in der Rheinschiffahrt

Die am Dienstag von dem als Sonderdelegierter beauftragten Oberlandesgerichtsrat **Dr. Jockten** mit den beteiligten Organisationen geführten Verhandlungen sind **ergebnislos** geblieben. Neue Verhandlungen sind für den 26. November anberaumt worden.

### Aus der badischen Industrie

**Tarifkündigungen der Metallindustrie.** Der Verband der Metallindustriellen Badens, der Pfalz und der angrenzenden Industriebezirke hat das zur Zeit bestehende Lohnabkommen in der Metallindustrie mit Wirkung zum 31. Dezember d. J. gekündigt und einen **Abbau der Löhne um 15 Prozent** gefordert. Der Bezirksgruppe Mannheim-Ludwigshafen gehören 35 Betriebe an, der Gesamtverband umfaßt jedoch auch die Bezirke Frankenthal, Freiburg und Konstanz und damit insgesamt 72 Betriebe. Auch in diesen aufstehenden Bezirken wird die Kündigung durchgeführt. — Eine gleiche Kündigung ist in der **mittelbadischen Metallindustrie** erfolgt, ebenso in Württemberg. Weiter hat der Verband der **Lehrerindustrie** das Kollektivabkommen zum gleichen Zeitpunkt gekündigt.

**Aus der Elektro- und Installationsbranche.** Auch der Arbeitgeberverband der Elektrobetriebe und Installationsfirmen für Baden und Pfalz hat den Tarifvertrag zum 31. Dezember 1930 gekündigt. Verhandlungen wegen eines **Neuab schlusses** finden Anfang 1931 statt.

**Neue Kündigungen bei Daimler-Benz.** Die Firma Daimler-Benz in Mannheim hat zum 31. Dezember 43 Angestellten gekündigt. Damit kommen sämtliche jungen Angestellten, die eine sechsmonatige Kündigungsfrist haben, am 1. Januar zur Entlassung.

**800 Tabakarbeiter gekündigt.** Mit Rücksicht auf die bei der kommenden Tabakzollerhöhung zu erwartenden Absatzschwierigkeiten in der Zigarrenindustrie hat die Zigarrenfirma **B. F. Landfried**, Heidelberg, sämtliche Arbeiter und Angestellten ihrer Filialen im Bezirk Wiesloch mit vierwöchiger Frist gekündigt. Von der Kündigung werden in Wiesloch 250 Tabakarbeiter, in Dielheim 200, in Rot 200 und in Rauenberg 180 getroffen. Wie man hört, beabsichtigen auch andere Zigarrenfirmen des Bezirks, ihren Arbeitern zu kündigen, so daß während der Wintermonate der größte Teil der Zigarrenarbeiter erwerbslos wird. — Die **Wertmeister** der badischen Zigarrenindustrie protestieren in einer Entschließung scharf gegen die vorgezeichnete steuerliche Mehrbelastung des Tabaks, die für die 40 000 in Baden beschäftigten Tabakarbeiternehmer katastrophale Auswirkungen hätte.

### Tagungen

**Badischer Krüppelfürsorgeverein.** Im neuen Wieland-Heim (Krüppelheim) der Diözesanischen Anstalt Schlierbach bei Heidelberg fand am Samstag die Landesversammlung des Badischen Krüppelfürsorgevereins statt. Die Tagung wurde von **Freiherrn von Gemmingen, Donberg**, an Stelle des erkrankten **Geht. Rat Hebling**, geleitet. An der Tagung nahmen u. a. **Landrat Kiefer**, der **Präsident der Badischen Landesverbände** **Georg Meißner**, **Dekan Kirchentat Schlier** als Vertreter des Evangelischen Oberkirchenrats, **Geistl. Rat Naab**, für das Erzbischöfliche Ordinariat u. a. teil. Aus dem Jahresbericht ist zu entnehmen, daß in der Fürsorge der Krüppelanstalt außer den 965 Besuchern der Krüppelberatungsstunden 846 Krüppel standen, da von den letzteren 188 gleichzeitig Besucher der Beratungen waren, so ergibt sich eine Gesamtzahl von 1623 in Fürsorge Befindlichen. Kostenaufschüsse wurden in 577 Fällen gewährt, ferner in vier Fällen Zuschüsse zur Einrichtung einer Werkstatt, in 47 Fällen fand eine Berufsberatung statt, 16 Krüppel wünschten die Hilfe der Anstalt zur Erlangung einer Arbeitsstelle, in 108 Fällen wurden Rat erteilt und in 9 Fällen Darlehen gewährt.

Der **Bad. Landesverein für Innere Mission** hielt in Karlsruhe die diesjährige Hauptversammlung ab. **Präsident Schmitt** hener hat vor kurzem sein Amt als Vorsitzender niedergelegt. Er wurde einstimmig zum Ehrenvorsitzenden ernannt. **Ferner** wurde **Kirchenrat Volkhard** in Durlach zum weiteren Vorsitzenden gewählt. Einen breiten Raum beanspruchten die Beratungen über die mangelnde finanzielle Lage des Vereins und die Aussprache über eine Hilfsaktion zugunsten des „Sorgenkindes“ des Vereins, der Erziehungsanstalt Schwarzacher Hof.

### Aus der Landeshauptstadt

#### Das Urteil im Marzeller Mordprozess

##### Wegen Totschlags 15 Jahre Zuchthaus

Im **Marzeller Mordprozess** wurde am Dienstagabend der Angeklagte **Franz Schneider** des Totschlags für schuldig befunden und zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt; außerdem werden ihm die bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von 10 Jahren aberkannt. („Ho“-Kauf.) **Ferner** hat der Angeklagte die Kosten des Verfahrens zu tragen. Der Angeklagte nahm den Spruch nicht ohne innere Erregung entgegen.

**Landgerichtspräsident Dr. Rudmann** führte zur Begründung aus, daß das Gericht der felsenfesten Überzeugung sei, daß der Angeklagte und kein Anderer der Täter ist. Es konnte nur ein Mordakt in Frage. Das Gehe schon aus der bestialischen Art der Ermordung hervor. Was das Motiv anlangt, so sei die Tat in erster Linie auf einen tiefen Haß, der auf Jahre zurückgeht, zurückzuführen. Vielleicht habe auch das Befriedigungsmotiv mitspielt, ebenso der Haß über das geschäftliche Emporkommen Brauns. Das meiste, was der Angeklagte vorgebracht habe, sei unwahr. Schneider sei ein verschlossener Mensch, dumm und durch verlogen, und eine verstockte Natur. Dafür spreche das Verhalten in diesem Prozess und die vielen Straf- und Zivilsachen, die anhängig waren. Das, was Schneider zum Alibibeweis vorbrachte, sei widerlegt. Zwischen dem Verlassen des „Schönblick“ und der ersten Begegnung mit Zeugen habe er bequem Zeit gehabt, die Tat auszuführen, die kurz vor 1/8 Uhr begangen sein muß. Vor dem Gerichtsgebäude hatte sich eine große Menschenmenge angesammelt und stundenlang ausgeharrt.

Gegen das Urteil wird seitens der Verteidigung Revision angemeldet werden.

**Waagen aller Art liefert:**  
**FRIEDRICH LANG, Waagenfabrik**  
**Stuttgart-Cannstatt 3** 291

**Wetterbericht der Badischen Landeswetterwarte, Karlsruhe.** Der Aufgleitregen an der Vorderseite der englischen Hochlone ruft heute morgen im ganzen Lande Niederschläge hervor. Morgen wird die maritime Wärmeluft unsere Witterung bestimmen. **Wetterausichten:** mild bei frischen westlichen Winden, wechselnd bewölkt, strichweise Niederschläge.

**Badische Lichtspiele — Konzerthaus.** Die Winterzeit steht vor der Tür und mit ihr die Lodungen des Schneefestivals. Wer möchte da nicht mittun, die Bretter unter den Füßen und dann los. Ein Erlebnis bedeutet der Film „**Spuren im Schnee**“. Wenn auch nur auf der Leinwand, so zeigt sich doch die Bergwelt in ihrem schönsten Kleid. Ganz wunderbare Aufnahmen hat der Kameramann hier festgehalten. Auch die Gefahren dieses Sportes werden eindrucksvoll im Bild vermittelt. Eine spannungsvolle Spielhandlung fügt sich fein in den Rahmen dieses Hochgebirgsfilms ein. Jedem Wintersportler ist dieser Film angelegentlich zu empfehlen. — Die **Wochenschau** mit ihrem reichhaltigen Bildmaterial, dazu die Kabinettfolge „Was viele nicht wissen“ und zu guter Letzt eine Humoreske „Es brennt“, in echt amerikanischer Aufmachung, beschließen das reichhaltige Programm dieser Woche.

**Autoräuber am laufenden Band!** Am Freitagabend hatten zwei Männer und eine Frau vor dem **Giechener Stadttheater** eine **Daimler-Benz-Limousine** gestohlen. Die drei Spitzhüben waren mit einem in **Karlsruhe** vor dem **Badischen Landes-theater** gestohlenen Kraftwagen nach Giechen gefahren, ließen den Wagen dann stehen und fuhrten mit dem neugefahrenen Auto bis in die Gegend von **Germerheim**, wo sie kurz vor dem Ort in einem Straßengraben landeten. Die **saubere Gesellschaft** blieb unverletzt, dagegen wurde das Auto gänzlich zerstört. Ein des Weges kommendes Auto wollte den Verunglückten Hilfe leisten. Diese padten aber die Helfer und warfen sie in den Graben und fuhrten mit **deren Auto** davon. Die **Fahrt** ging nun wieder nach **Karlsruhe**, wo sie den Kraftwagen abstellten, am **Abend** aber **wieder ein anderes Auto** klauten, mit dem sie ihre **Fahrt** erneut aufnahmen. Von jetzt an fehlt von den Tätern wieder jede Spur. Es handelt sich bei dem Haupttäter um den 29 Jahre alten Kaufmann **Erich Witt** aus **Karlsruhe**, ein auf **Almege** geratener Sohn achtbarer Eltern, der unter den Namen **Dr. Sellwig**, **Dr. Tüll**, **Dr. Köhne** und **Dr. Köllitz** auftrat.

**Colosseumtheater.** Wie zu erwarten war, haben die beiden besten **Kölnner Komiker Schmitz-Weißweiler** auch dieses Mal einen **Bombenerfolg** zu verzeichnen. Selbst die, welche das Lachen verlernt zu haben angeben, werden durch den urwüchsigsten und lebenssprühenden Humor eines befeuert belehrt. Die letzte Vorstellung von „**Der müde Anton**“, ein **Niesenlachschlager** in 3 Akten, von **Max Neal** und **Max Ferner**, findet unüberprüft am **kommandierten Samstag**, den 22. d. M., **abends 8 Uhr**, statt. Wer dieses tolle Stück bis jetzt noch nicht gesehen hat, veräume nicht, sich rechtzeitig Eintrittskarten zu besorgen, da die Nachfrage hiernach sehr groß ist. **Vorverkauf** den ganzen Tag im **Zigarrenhaus Mehle, Ecke Waldstraße** und **Raffage**.

### Kurze Nachrichten aus Baden

**Nr. 40 des Bad. Gesetz- und Verordnungsblattes** enthält eine **Verordnung des Staatsministeriums** über die **Vertretung Badens beim Reich**, eine **Bekanntmachung des Staatsministeriums** über die **bereits erwähnte Festsetzung eines befriedeten Bannkreises für das Landtagsgebäude** und eine **Bekanntmachung des Ministers des Innern** betr. **Änderung der Vogel-jagdordnung für den Unter- und Oberrhein**.

**DJ. Heidelberg, 19. Nov.** In der ersten Sitzung des **Allgemeinen Studentenausschusses** (Asta) in diesem Semester wurden alle **Ämter** mit **Betretern der Nationalsozialisten** und der **großdeutschen Studentengruppe** besetzt. Den **anderen Gruppen** wurde auf **Anfrage eines Sozialisten** bestätigt, daß es nicht in der **Absicht der Mehrheitsgruppen** liege, ihnen irgendeinen **Vertreter** zuzubilligen. Diese **anderen Gruppen** verließen daraufhin die **Sitzung**. **Angenommen** wurde ein **Antrag**, daß der **Asta** bei **solchen offiziellen Feiern** nicht **erscheinen** werde, bei denen **Prof. Gumbel** anwesend ist.

**DJ. Heidelberg, 18. Nov.** Im **Alter** von über 80 Jahren ist der **Privatier Ludwig Hermann Landfried** seinem **Bruder** im **Tode** nachgefolgt, der im **Januar** d. J. **gestorben** ist. **Landfried** war schon vor dem **Krieg** aus der **bekannteren Tabakfirma** als **Teilhaber** ausgeschieden. **Besondere Verdienste** hat er sich um das **Aufblühen der Heidelberger Sektion des Alpenvereins** erworben. Von 1888 bis 1919 gehörte er der **Heidelberger Handelskammer** als **Mitglied** an.

**DJ. Freiburg, 18. Nov.** Heute **abend** um 6 Uhr **entfamen**, aus dem **hiesigen Landesgefängnis** **zwei Strafgefangene**. Sie waren im **Holzhof** beschäftigt und in einem **unbewachten Augenblick** über die **Mauer** geklettert. Die **eingeleiteten** **Wachen** ergaben, daß sie in **Richtung Gundelfingen** entkommen sind. Dort war ein **Gastwirt** von **zwei jungen Burden**, auf die die **Beschreibung** paßt, **angefallen** worden, hat sich jedoch ihrer **erwehren** können. Es **handelt** sich um den **26 Jahre** alten **Metallarbeiter Wilhelm Hertel** aus **Karlsruhe**, der **ausgesprochen** **Karlsruher Dialekt** spricht, und den **22 Jahre** alten **Schiffer Erich Kläfer** aus **Köln**. Beide sind **nur mit Hemd, Strümpfen** und **Hose** bekleidet. **Kläfer** konnte heute **morgen** in **Emmeningen** von einem **Polizeibeamten** **festgenommen** werden.

**SW. Freiburg, 17. Nov.** Auf einer am **Montagvormittag** hier **abgehaltenen Mitgliederversammlung** der **südbadischen Metzgergenossenschaft**, die zur **Preisfestsetzung** der **Reichsregierung** Stellung nahm, wurde **beschlossen**, den **Preis für Schweinefleisch** um 5 Pf., von 1,30 M auf 1,25 M, **Schaf-** **fleisch** um 4 Pf., auf 1,16 M, **Lammfleisch** und **Kalb-** **fleisch** um 5 Pf. und **Schaf-** **fleisch** um 10 Pf. pro **Pfund** herabzusetzen. Die **Preise für Wurstwaren** erfahren keine **besondere Ermäßigung**, nachdem vor **einigen Wochen** hierfür eine **Preisverbilligung** in **Kraft** getreten ist. Die **Preisermäßigung** soll mit **Wirkung** vom **22. November** in **Kraft** treten.

### Handel und Wirtschaft

#### Berliner Devisennotierungen

	18. November		19. November	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam 100 G.	168.56	168.90	168.65	168.99
Kopenhagen 100 Kr.	112.11	112.33	112.10	112.32
Italien . . . 100 L.	21.945	21.985	21.945	21.985
London . . . 1 Pf.	20.359	20.399	20.36	20.40
New York 1 D.	4.1920	4.2000	4.1930	4.2010
Paris . . . 100 Fr.	16.461	16.501	16.458	16.498
Schweiz . . . 100 Fr.	81.22	81.38	81.27	81.43
Wien 100 Schilling	59.035	59.155	59.015	59.135
Prag . . . 100 Kr.	12.429	12.449	12.432	12.452

Der **Aktienindex**, der vom **Statistischen Reichsamt** errechnet, **Aktienindex** stellte sich für die **Woche** vom 10. bis 15. **November** auf **93,5** gegenüber **94,4** in der **Vorwoche**.

Der **Basler Rheinhafen** konnte am **Montag** den **Rekord** **verzeichnen**, daß in diesem **Jahre** bereits **100 Millionen** **Tonnen** in **Basel** **umgeschlagen** wurden. Er **erreichte** diese **Ziffer** durch den **Dampfer „Luzern“** und sein **Kapitän** **Krieg** wurde durch eine **kleine** **Feier** in **Klein-Göningen** durch den **Regierungs-** **rat**, die **Reedereivereinigung** und den **Rheinschiffahrtsverband** **geehrt**.

Literarische Neuerscheinungen

Verthold von Deimling: Aus der alten in die neue Zeit. (Verlag Ullstein, Berlin. Preis brosch. 5,50 M. in Leinen 7 M.) — Der Lebensweg dieses badischen Beamtenjohannes vom Einjährig-Freiwilligen bis zum Kommandierenden General wird alle Kreise interessieren, sei es, daß sie sein Bekanntnis zur Republik verstanden, sei es, daß sie es mißbilligt haben. Deimling hat keine Nachfertigungsschrift verfaßt, sondern schlicht und ehrlich erzählt, wie sich sein Leben entwickelt hat. Er bewahrt der glanzvollen Zeit im Kaiserreich eine dankbare Erinnerung, während er sich an den Aufgaben der neuen beteiligt. Frisch und knapp, anekdotenhaft schildert er das Leben in preussischen, badischen, elsässischen Garnisonen, bei Manövern, Paraden und als Generalstabler in der „großen Wunde“. Dann stellt er den Durstfeldzug gegen die aufständischen Hereros dar, bei dem er das Kommando führte, die Kämpfe um den Waterberg und die Niederwerfung Genrill Witbous und Marengas. Einige Jahre später hatte er die peinliche Fabern-Affäre zu liquidieren, die seinerzeit die gesamte elsäß-lothringische Bevölkerung in nicht geringe Aufregung versetzte. Als Korpskommandeur von Strassburg übernahm er bei Kriegsausbruch zunächst den Grenzschutz in den Vogesen, wurde aber später bei Verdun und an der Somme eingesetzt. Sehr interessant ist am Ende des Buches ein mit Zustimmung beider Partner veröffentlichter Briefwechsel Deimling-Rudendorff über die Gründe des Zusammenbruchs und die Aufgaben der Zukunft.

Paul Cipper: Virtus. Tiere, Menschen, Wanderschaft. (Mit 47 Aufnahmen von Hedda Walther. Leinenband 9 M. Verlag von Dietrich Reimer (Ernst Bohlen) in Berlin). — Dieses neue Buch von Paul Cipper teilt mit seinen früheren Werken das, was sie aus der Gegenwartsliteratur weit sichtbar heraushebt und begehrt macht: die in Einfachheit und Treue ganz starke, ganz einleuchtende, ganz überzeugende Kraft der Schilderung, die Befennerschaft aus Dankbarkeit und Liebe. Darüber hinaus ist es ein Buch der Perspektiven in die Weite und Tiefe; über 30 Jahre dauert das Verfassen Virtusverbundenheit, und während dieser Zeit hat sich ihm der ganze Sinn, die ganze Ausdehnung der „fahrenden Welt“ erschlossen. Ihn, dem Unzünftigen in der Kunst, war der Blick von keinem Zweck getrübt; er kam und ging, sah und erlebte, und immer war sein Herz der Mittler zwischen Auge und Wirklichkeit, fern den Vorurteilen und sentimentalen Lügen um den Zirkus. Hedda Walther hat mit 49 Bildern einen Querschnitt der Zirkuswelt photographiert; meisterhafte Porträts, bislang unbekannte Bewegungsstudien, dramatische Szenationen und die Zyklen der Artistenhauslichkeit.

Neue Elternbücherei. Hrsg. von Dr. Joh. Prüfer, Leipzig. (W. G. Teubner, Leipzig). — Die „Deutsche Gesellschaft zur Förderung häuslicher Erziehung e. V.“ (Geschäftsstelle: Leipzig N 22, Johann-Georg-Str. 7), hat im vorigen Jahre ein großes Preisauschreiben zur Erlangung guter „Erziehungserfahrungen“ veranstaltet. Weit über 700 „Erziehungserfahrungen“ sind ihr dadurch zugeflossen. Da die Gesellschaft bereits seit circa 15 Jahren solche praktische Erziehungsfälle sammelt, verfügt sie jetzt über außerordentlich

viel derartiges Material. Diesen reichen pädagogischen Erfahrungsschatz will sie jetzt allen Eltern durch eine Sammlung billiger und volkstümlicher Erziehungsschriften zugänglich machen, die sie unter dem Titel „Neue Elternbücherei“ im Verlag W. G. Teubner, Leipzig und Berlin, erscheinen läßt. Bis hier sind erschienen:

Hef 1: Erziehung der Jüngsten. (1.—3. Lebensjahr). Praktische Erziehungserfahrungen. Hrsg. von Dr. Johannes Prüfer. Kart. 2 M. — Die Erziehung in den ersten drei Lebensjahren ist entscheidend fürs ganze Leben. In dieser frühesten Kindheitsperiode kann durch falsche Erziehung unagbar viel verborben werden. Darum sollten alle junge Eltern sich bemühen, die üblichen Erziehungsfehler zu vermeiden und ihr Kind vom ersten Vierteljahr an richtig zu behandeln. Das vorliegende Heft zeigt, wie zahlreiche erfahrene Eltern in den verschiedensten Situationen ihre Kinder mit gutem Erfolg erziehen haben. Es werden 3 B. behandelt: Eigenfinn, Ungehorsam, erste Unmährheiten, Damentuscheln, Kägelkauen, Nachspatigkeit, Bettnäßen, Furchtercheinungen usw.

Hef 2: Das Badkinder. Erziehungsnöte und -hilfen. Von Therese Roth. Kart. 2 M. — Die „Badkinderzeit“ ist für das junge Mädchen die seelisch stürmischste Epoche. Sie bietet daher zahllose Erziehungsschwierigkeiten. Im vorliegenden Heft hat die Verfasserin unter Benutzung der gesamten einschlägigen Literatur sowie auf Grund eigener psychologischer Erhebungen und vor allem aus ihrer langjährigen Erziehungsarbeit an jungen Mädchen heraus alles Wesentliche behandelt, was Eltern moderner Badkinder wissen müssen. Liebe, Vertrauen und „empfindendes Verstehen“ ist der Reizstein, der über dem ganzen Buche leuchtet.

Dr. Paul Kohnagel: Johannes Keplers Weltbild und Erdennandel. (Reclams Universal-Bibliothek Nr. 7082. Gehftet 40 Hpt., gebunden 80 Hpt.). — Zum 300. Todestag des großen universalen Forschers erscheint diese Biographie von einem seiner direkten Nachfahren, der über die vollständigste Kenntnis seines Lebens und seiner Werke verfügt. Sie vereinigt im geschlossenen Bilde alle Wesensseiten Keplers und projiziert seine großen physikalischen Entdeckungen auf den Hintergrund seiner zerrissenen Epoche, seines bewegten Lebens, seines tief religiösen Gemütes.

„Mit „Graf Zeppelin“ nach Süd- und Nordamerika“. Reiseeindrücke und Fahrterlebnisse. Von J. Breitkopf. (Mit 53 Originalaufnahmen. Geschmackvoll kartoniert 4 M. Verlag von Moritz Schäfer und Co., Lahr (Baden)). Der Hauptwert des Buches liegt in der großen Sachkenntnis des Verfassers, der im Weltkrieg selbst Luftschiffkommandant gewesen ist und mit 2. 15 über London abgeschossen wurde, wovon er ebenfalls in Plauerion erzählt. Breitkopf gibt Antwort auf mancherlei Fragen, die im Zusammenhang mit der Fahrt aufgeworfen wurden, wie z. B. das Nichtüberfliegen des Amazonasgebietes und die wirtschaftliche Bedeutung des Luftschiffs für Südamerika. Glaubhaft tritt er auch die fälschliche Legende von der „Revolte der Passagiere“, die seinerzeit so viel Unruhe in der Öffentlichkeit hervorgerufen hat. Die vielen künstlerischen Originalaufnahmen geben der spannend geschriebenen Schilderung einen besonderen Wert für alt und jung. Es ist ein Buch, das jeder lesen muß.

Staatsanzeiger

Bekanntmachung

Errichtung einer 110-kV-Leitung von Schwörstadt nach Rhina, hier Enteignung auf Gemarkung Murg.

Das Staatsministerium hat mit Entschliebung vom 3. November 1930 Nr. 11 726 auf Grund des Enteignungsgesetzes ausgesprochen:

- 1. Die Grundstücke Lsg. Nr. 741 und 1185 der Gemarkung Murg werden gegen vorgängige Entschädigung der Eigentümer zugunsten der badischen Elektrizitätsversorgung AG. (Badenwerk) mit einer der Ausübung nach ganz oder teilweise übertragbaren beschränkt persönlichen Dienstbarkeit belastet des Inhalts, daß die Grundstücke für den Bau, den Betrieb und die Unterhaltung einer oberirdischen Hochspannungs-Freileitung für die Dauer des Bestehens der Leitungsanlage zu gestatten und dafür Sorge zu tragen, daß auf den Grundstücken keine Gegenstände irgend welcher Art, insbesondere keine Bäume oder Anpflanzungen gehalten werden, welche die Leitungsanlage stören oder die beim Umfallen in beliebiger Richtung die Leitungsanlagen berühren können. Jedoch muß die Hochspannungsleitung so ausgeführt werden, daß es den Grundstüdeigentümern möglich ist, unter den Leitungsdrähten unbedenklich Gebäude in ortsüblichen Mäßen zu errichten.
- 2. Die Frist zur Einleitung des Entschädigungsverfahrens wird auf zwei Wochen festgesetzt.

Karlsruhe, den 18. November 1930.

Der Minister des Innern. J. Wittmann

Lebensrettung

Hilfsarbeiter Fritz Reif in Vörrach hat am Donnerstag, den 9. Oktober 1930, ein Mädchen aus der Wiese vom Tode des Ertrinkens gerettet.

Für diese entschlossene und mutige Tat spreche ich dem Genannten hiermit die öffentliche Anerkennung aus. Freiburg, den 17. November 1930.

Der Badische Landeskommissar für die Kreise Freiburg i. Br., Vörrach und Offenburg: Schwoerer

Personeller Teil

Ernennungen, Versetzungen, Zuruhestellungen usw. der planmäßigen Beamten

Aus dem Bereich des Ministeriums der Finanzen

Domänenabteilung

Planmäßig ange stellt:

Finanzpraktikant Edmund Wahl beim Rechnungsamt der Domänenabteilung unter Ernennung zum Finanzobersekretär.

Riesengroß ist die Not

weiterer Kreise unserer Bevölkerung. Rund 18000 Personen müssen s. B. von der Stadt in der öffentlichen Wohlfahrtskassen unterstüzt werden. Noch ist der Höhepunkt nicht erreicht: Der ins Land ziehende harte Winter wird die Zahl aller der Armen, Kranken, Invaliden, Kleinrentner, Kriegsbeschädigten und der aus dem Arbeitsprozess Ausscheldenen erdauernsdenklich weiter heigen. Öffentliche und private Fürsorge sind nicht mehr in der Lage, diese gewaltigen Not wirksam zu heuern. Es muß die Mithilfe aller Kreise der hiesigen Bevölkerung hinzutreten!

Die privaten caritativen Verbände sind daher zusammengetreten, um mit allen, die bereit sind helfend mitzuwirken, eine „Karlsruher Notgemeinschaft“ zu gründen. Ihre Aufgabe wird es sein, die wirtschaftliche Not unserer Mitbürger zu lindern. Insbesondere will sie durch Abgabe von Eisen, Brennstoffen, Lebensmitteln und Kleidung dafür sorgen, daß in Karlsruhe

Keiner hungern, keiner frieren

muß. Gleichzeitig soll durch Unterhaltung und Belehrung die seelische Not unserer Mitbürger bekämpft, ihre Hoffnung und ihr Lebenswille wieder aufgerichtet werden.

Die „Karlsruher Notgemeinschaft“ ruft die Bevölkerung der Landeshauptstadt und ihre nähere und weitere Umgebung

auf zur Mithilfe!

Die Träger der Notgemeinschaft:

Allgem. Deutscher Beamtenbund — Erlaubsclub Allgem. Deutscher Gewerkschaftsbund — Christliche Kirchengemeinde, Arbeiterwohlfahrt, Arbeitgeberverband der Industrie, Badische Arbeiterkammer, Badische Arbeiterkammer, Badischer Frauenverein vom Roten Kreuz, Badischer Arbeiterbund, Badische Landwirtschaftskammer, Badische landwirtschaftliche Zentralgenossenschaft, Bezirksverein für Jugendhilfe, Bezirksstelle und Gesangvereine, Bezirksverein gegen den Alkoholismus, Bund israelischer Wohlfahrtsvereine, Caritasverband, Deutscher Beamtenbund — Christentum, Deutscher Gewerkschaftsbund, Erzbiöschliches Stadtkomitee, Evangelischer Kirchenrat, Evangelischer Ortsverband für innere Mission, Gewerkschaftsbund deutscher Arbeiter, Angestellten- und Beamtenverbände, Handelskammer, Handwerks-

Der Hauptausschuß:

G. Amend, Geschäftsführer; S. Baichang, Stadtschulrat; D. Barth, Fabrikant; Dr. C. Baumgartner, Präsident des Rechnungshofes; Dr. R. Baur, Landrat; J. Becker, Geschäftsführer; Dr. H. Behr, Direktor der Bad. Bank; R. Binder, Redakteur; G. Blum, Schlossermeister; E. Deningger, O.-Reg.-Rat, Arbeitsamtsdirektor; D. Dieffenbacher, Fabrikant; Frau v. Ely-Wüdenrad, Präsidentin der Reichsbahndirektion; Frau Marie Engler; Dr. O. Fecht, Buchdruckermeister; D. Feil, Brauereidirektor; D. Freundlieb, Kaufmann; Dr. C. Freyburger, Sparfassenleiter; J. Fuchs, Fabrikant; A. Gallette, Bankdirektor a. D.; Dr. O. Geisler, Stadtoberamtsdirektor; R. Händel, Bankdirektor; H. Heilmann, Direktor; A. Gilly, Direktor; A. Hofmann, Verlagsdirektor; Dr. P. Homburger, Bankier; D. Huber; S. Jäger, Stadtschulrat; Aina Kamm; Dr. R. Keilgen, Stadtschulrat; A. Kimmelman, Stadtschulrat; A. Kimmeln, Generaldirektor; Dr. C. Kleinmann, Bürgermeister; Dr. A. Kimmeln, Buchdruckermeister; A. Krieger, Bankdirektor; Frau Selma Kroschke; S. Kimmeln, Präsident der Oberpostdirektion; Dr. O. Kersch, Stadtschulrat; S. Kimmeln, Fabrikant;

Der Arbeitsausschuß:

Dr. J. Huter, Oberbürgermeister, Vorsitzender; Frau Anna Blantzen; Frau Antonie Eise; R. Fehlbender, Gewerkschaftsführer; Dr. S. Fichtl, Bürgeramtsdirektor; Frau Kungunde Fischer, Stadtschulrat;

Alle die, denen die Not der Zeit noch etwas an Gütern gelassen hat, alle die, denen ihre Arbeit regelmäßigen Verdienst verschafft, mögen nach Kräften zum Werke beitragen.

Jede Organisation leite in ihren Kreisen die Sammlung ein!

Jeder der kann, spende!

Nach die kleinste Gabe ist willkommen. Das ganze Werk, an dessen Spitze sich auf allgemeinen Wunsch das Stadtoberhaupt gestellt hat, ist einem Arbeitsausschuß unterstellt, der Sammlung und Verteilung leiten soll. Seine Geschäftsstelle, bei der jede nähere Auskunft erteilt wird, befindet sich beim Badischen Frauenverein vom Roten Kreuz, Zweigverein Karlsruhe, Stephaniensstraße 74, Fernsprecher 1901. Gaben und Zeichnungen für die „Karlsruher Notgemeinschaft“ nehmen entgegen: die Geschäftsstelle, alle hiesigen Banken, die Expeditionen aller hiesigen Zeitungen, die Stadthauptkasse, das Postamt auf Konto Nr. 22100, „Karlsruher Notgemeinschaft“ sowie die Stadt. Sparsache auf Girokonto Nr. 8100. Die Beilegung wird über die eingegangenen Spenden und ihre Verteilung auf dem Laufenden gehalten.

Karlsruhe, den 10. November 1930.

„Karlsruher Notgemeinschaft“

Oberbürgermeister Dr. J. Huter, Vorsitzender.

ERICH IBEN BAUMSCHULEN AM REICHSBAHNHOF ETTLINGEN TELEFON 291 QUALITÄTWARE Obstbäume, Beerenobst, Coniferen, Gehölze, Alleebäume, Schlinger, Heckensträucher, Rosen u. Stauden Ermäßigte Preise! 2.714

Reform-Gaststätte Das zeitgemäße Speisehaus Kaiserstraße 56 Telefon 3357 Sie speisen sehr gut, schnell und preiswert Unerreicht große Auswahl K.740

R. 67. Offenburg. Das Vergleichsverfahren über das Vermögen des Uhrmachers Edmund Ehrentraut in Offenburg wurde durch Beschluß vom 13. Nov. 1930 aufgehoben, nachdem der Vergleich gerichtlich bestätigt ist. Offenburg, 13. Nov. 1930. Geschäftsstelle des Amtsgerichts II.

Wir werben für Sie! Badisches Landestheater Donnerstag, 20. Nov. 1930

PORPHYRWERK DOSENHEIM HANS VATTER DOSENHEIM A. D. REICHSST. LIEFERT AUS SCHLOSS- u. HECKENMARKBRUCH ERSTKLASSIGES STRASSENBAU-MATERIAL Anfang 19 1/2 Ende 22 Preise C (1-7 RM)